



## Presseinformation

Nr. 45/2010 Kiel, 26. März 2010

Bettensteuer / Kulturabgabe

**Helmut Landsiedel**  
Fraktionsvorsitzender

**Christina Musculus-Stahnke**  
stv. Fraktionsvorsitzende

**Wolf-Dietmar Brandtner**  
stv. Fraktionsvorsitzender

**Silke Jürgensen**  
Ratsfrau

### **Tourismuskonzept könnte eingestampft werden**

Die FDP-Ratsfraktion plädiert dafür, von den Überlegungen Abstand zu nehmen, eine „Bettensteuer“ oder „Kulturabgabe“ in Kiel einzuführen. Hierzu erklärt die kulturpolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, Christina Musculus-Stahnke:

„Diese zuerst in Weimar eingeführte Sondersteuer, die zum Beispiel jetzt in Köln beschlossen wurde und die auch die Linken in Kiel unter dem Namen „Kulturförderabgabe“ beantragten, ist letztlich nur der Versuch, die Einnahmen zu erhöhen, um sich aus der Verantwortung zu stehlen, die Ausgaben zu senken. Doch nicht nur dies:

- Die Landeshauptstadt Kiel könnte ihr Tourismuskonzept mehr oder weniger einstampfen. Denn in diesem wird unter anderem festgestellt, dass Engpässe in der Hotellerie das Ausschöpfen von Nachfragepotenzialen verhindern würden. Da würde eine „Bettensteuer“ nur kontraproduktiv wirken und das Konzept unterlaufen. Ein Imageschaden für die Stadt wäre zu befürchten.
- Zudem ist es Augenwischerei, dass diese neue Einnahme den Kulturbereich entlastet. Denn wenn es sich dabei um eine zulässige Steuer handeln würde, wäre diese nicht zweckgebunden. Das heißt, sie käme gar nicht der Kultur zugute, sondern würde in den allgemeinen Haushalt fließen.
- Ohnehin gibt es einige Zweifel daran, dass diese Einnahmequelle überhaupt zulässig ist: Eine Gebühr ist ausgeschlossen, weil es keine tatsächliche Gegenleistung der Stadt gäbe. Dass Hoteliers einen Beitrag an die Stadt abführen, durch den die Kultur gefördert wird, kommt auch nicht in Betracht, da im hiesigen Kommunalabgabengesetz die Erhebung eines Kulturbeitrags nicht vorgesehen ist.
- Als Steuer ist die Kulturförderabgabe deswegen höchst problematisch, weil hiermit Übernachtungen, die bereits mit der Umsatzsteuer vom Bund belegt sind, von Seiten der Kommune einer weiteren Steuer unterworfen würden.

Unterm Strich sollte von den Überlegungen, das Weimarer Modell in Kiel umzusetzen, Abstand genommen werden. Je früher diese Diskussion beendet wird, desto weniger Verunsicherung wird in das Hotelgewerbe getragen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer